

Manfred Keller

Der 9. November 1938 - Eine Erinnerung für die Zukunft

Vorlage für eine Ansprache

1. Thematische Einführung

Die Ansprache stellt den 9. November 1938 in die Reihe von Geschehnissen, die sich ebenfalls an einem 9. November ereigneten, und sucht den inneren Zusammenhang deutlich zu machen. In einem Exkurs wird die besondere Schuldgeschichte der Kirche gegenüber den Juden ausführlich behandelt.

An einigen Stellen tritt der lokale Bezug hervor. Dieser sollte abhängig vom Ort der Veranstaltung durch eigene, möglichst nahe Bezüge (Ortsteil/Stadt/Schule/Verein) ersetzt werden.

2. Zielgruppen

Die Ansprache ist geeignet für Gedenkveranstaltungen zum 9. November in Bürgergemeinde und Kirchengemeinde und im schulischen Bereich.

Die Ansprache kann genutzt werden als Grundlage für ein Referat in Gruppen oder im Unterricht (ebenso für eine Andacht oder im Gottesdienst).

Anregungen für die Gestaltung einer Gedenkstunde bietet der Entwurf von Okko Hérlyn: "Der Novemberpogrom 1938 - Eine Gedenkstunde", in dieser Arbeitshilfe vgl. oben A 3.2.3.2.3.

3. Ziel

Das Ziel der Ansprache ist es, durch das Zurückblicken auf die Geschichte - durch Erinnerung - sensibel zu machen für die Verantwortung in der Gegenwart und für die Zukunft. Besonders im Blickpunkt steht dabei der Bruch zwischen Juden und Christen.

Nach den entsetzlichen Geschehnissen der Shoa wird von Theologie und Kirche ein doppeltes Lernen verlangt: Ein *Verlernen* dessen, was falsch und verhängnisvoll war, und ein *Lernen* dessen, was den Dialog und das Zusammenleben von Christen und Juden fördert.

4. Gliederung der Ansprache

Einleitung

Vier Daten deutscher Geschichte als Anlaß zu einer Erinnerung für die Zukunft:

9. November 1918 - 1923 - 1938 - 1989

Hauptteil

- 9. November 1918:
Der Sturz der Monarchie und die Ausrufung der Republik
- 9. November 1923:
Reaktionärer Umsturzversuch durch Hitler
- 9. November 1938 - "Reichspogromnacht":
 - Die Vorgeschichte des Pogroms
 - Die Pogromnacht in Bochum
- 9. November 1989:
"Mauerfall" in Berlin
- Einspruch gegen Verdrängen und Vergessen
- Christen (Kirche) und Juden – eine Schuldgeschichte
- Aufruf zu Umkehr und Erneuerung, zum Gedenken und zum Tun

5. Text der Ansprache

Der 9. November ist ein Datum, mit dem sich für die Menschen in Deutschland in diesem Jahrhundert vier Einschnitte von historischer Tragweite verbinden.

Die Reihe beginnt mit dem 9. November 1918. An diesem Tag wurde in Berlin die Monarchie gestürzt und die Republik ausgerufen. Die Sozialdemokraten um Philipp Scheidemann und Friedrich Ebert, die damals die Regierung übernahmen, waren Reformer und keine Revolutionäre. Darum gelang weder eine durchgreifende Demokratisierung der zivilen Verwaltung noch die Schaffung eines vom demokratischen Geist geprägten Militärs noch die öffentliche Kontrolle der Wirtschaft. In all diesen Bereichen blieben die alten Eliten des Kaiserreichs erhalten, die der Demokratie ablehnend gegenüberstanden. Zu einem radikalen Bruch mit dem Obrigkeitsstaat kam es nicht, wohl aber zu immer neuen Versuchen, die Weimarer Republik abzuschaffen und durch ein autoritäres Regime zu ersetzen.

Der 9. November 1923, das zweite Datum dieser Reihe, war solch ein reaktionärer Umsturzversuch. Von München aus wollte Hitler an die Spitze einer "provisorischen nationalen Regierung" treten. Zusammen mit Ludendorff marschierte er an jenem Novembertag in einem Demonstrationenzug zur Münchener Feldherrnhalle. Die bayerische Landespolizei schlug die Demonstration rasch und blutig nieder. Sechzehn Anhänger Hitlers kamen dabei ums Leben. Ihr Tod machte die fehlgeschlagene Aktion zum Anlaß für jährliche Gedenkfeiern, die anderthalb Jahrzehnte später zum Ausgang des Novemberpogroms 1938 wurden. Vor sechzig Jahren, in der Nacht vom 9. zum 10. November, brannten bei uns die Synagogen.

Wir haben uns hier versammelt, um der schrecklichen Ereignisse dieser Nacht zu gedenken. Der 9. November 1938 brachte eine Judenverfolgung von bisher nicht gekanntem Ausmaß. In Deutschland wurden 267 Synagogen zerstört, 91 Juden niedergestochen, erschlagen und erschossen, unzählige jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert und verwüstet. 30 000 jüdische Männer wurden verhaftet und zum Teil in Konzentrationslager verschleppt.

Als fadenscheiniger Vorwand für diesen Pogrom diente das Attentat des 17jährigen Herschel Grünspan auf den Legationssekretär Ernst vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris. Der junge polnische Jude entschloß sich zu dem verzweifelten Protest, weil seine Familie zusammen mit weiteren 17.000 staatenlosen Juden Ende Oktober 1938 von einem Tag auf den anderen ins Niemandsland zwischen Deutschland und Polen abgeschoben worden war. Auch aus Bochum wurden mehrere Hundert dieser sogenannten Ostjuden deportiert. Otilie Schönwald, die Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes in Deutschland und Bochumer Stadtverordnete, hat darüber einen erschütternden Bericht gegeben – nachzulesen in dem Buch "Die Kristallnacht" von Rita Thalmann.

Die NS-Führung nahm das Attentat von Paris zum Anlaß, den längst geplanten Pogrom durchzuführen. Eine Pressekampagne setzte ein. Die Leitartikel der Zeitungen kündigten unumwunden Folgen für die gesamte jüdische Bevölkerung an. Am Abend des 9. November 1938 wurde bekannt, daß vom Rath in Paris seinen Verletzungen erlegen war – ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als Hitler und seine Gefolgsleute den Jahrestag des Marsches auf die Feldherrnhalle im Jahre 1923 feierten.

Unter den im Münchener Rathaus versammelten NS-Größen befand sich auch der Bochumer Gauleiter. Nachdem Hitler den Saal verlassen hatte, hielt Goebbels eine aufpeitschende Rede. Er wies darauf hin, daß in verschiedenen Städten bereits Synagogen in Flammen aufgegangen und jüdische Geschäfte zerstört worden seien. Hitler habe entschieden, daß solche Aktionen von der Partei nicht vorbereitet, aber auch nicht verhindert werden sollten. Die Anwesenden verstanden diesen Wink und eilten zu den Telefonen. So wurden auch die Bochumer Nationalsozialisten - darunter der Polizeichef und der Oberbürgermeister - von ihrem Gauleiter aus München telefonisch angewiesen, die Aktionen gegen Juden nicht zu stören. Im Klartext hieß das: den jüdischen Bürgern dieser Stadt, ihren öffentlichen Einrichtungen, ihren Geschäften und Privatwohnungen wurde jeglicher Schutz entzogen. Sie wurden mit behördlicher Billigung beraubt, mißhandelt und dem Terror ausgesetzt.

Die Synagoge, die an dieser Stelle stand, wurde vollständig zerstört, und die benachbarte jüdische Volksschule im Innern verwüstet. Die Feuerwehr sah zu. Mehrere Trupps von Nazis zogen im Laufe der Nacht durch Bochum, drangen in jüdische Geschäfte und Wohnungen ein, verwüsteten und plünderten sie. Erst kürzlich erinnerte sich eine christliche Augenzeugin, damals noch ein Kind, an die Schrecken dieser Nacht in unserer Stadt: "Viele Menschen umstanden die lichterloh brennende Synagoge. Es war ein schauriger Anblick, den großen Tempel in Flammen zu sehen. ... An der Kortumstraße sahen wir, wie aus einer Privatwohnung im 2. Stock Mobiliar aus den Fenstern geworfen wurde. Nicht allein nur dies, sogar ein Flügel folgte mit entsetzlichem Lärm. Scherben von Porzellan und Glas bedeckten die Straße. ... Als wir endlich unsere Wohnung erreicht hatten, saßen wir noch lange zusammen und kamen nicht zur Ruhe. All das Erlebte ließ uns nichts Gutes ahnen."

Der staatlich organisierte Terror am 9. November 1938 war aber vor allem für die jüdischen Deutschen ein Signal. Sie, die seit 1933 durch eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen diskriminiert und entrechtet worden waren, mußten erkennen, daß ihnen jetzt jedes normale Leben unmöglich gemacht wurde. Von der öffentlichen Demütigung, Mißhandlung und Beraubung über die Kennzeichnung mit dem Judenstern bis zur Deportation und Ermordung in den Vernichtungslagern war es nach diesem Pogrom kein weiter Weg mehr.

Die geschichtlichen Ereignisse, die das Datum des 9. November tragen, stehen - zufällig oder geplant - in einem inneren Zusammenhang. Die zwiespältige Hinterlassenschaft des Kaiserreichs - Obrigkeitsdenken, Befehlshörigkeit und Nationalismus - war am 9. November 1918 in die Weimarer Republik übernommen worden. Der gescheiterte Putsch vom 9. November 1923 wurde zur Etappe auf dem Siegeszug des antidemokratischen, nationalistischen Denkens umstilisiert. Dieses Denken führte in Verbindung mit Antisemitismus und einem auf "völkischem Blutrecht" fußenden Staatsbürgerrecht zum 9. November 1938 und zur brutalen Entfernung der Juden aus der Gesellschaft.

1918 - 1923 - 1938: drei Daten der deutschen Vergangenheit, die in einer geschichtlichen Kontinuität stehen. Wie verhält sich zu diesen Daten der vierte bedeutende Novembertermin, der 9. November 1989, der Tag, an dem in Berlin die Mauer fiel? Damals ahnte kaum jemand, daß die Entwicklung von diesem Tage an mit hohem Tempo auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zulaufen würde. Mit der Öffnung der Mauer machte das Wort vom "Ende der Nachkriegszeit" die Runde und mit ihm erneut die Forderung, unter die Vergangenheit endgültig einen Schlußstrich zu ziehen.

Diesen Bestrebungen gilt es mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Erinnerung an den 9. November 1938 bleibt nach wie vor eine wichtige Aufgabe, auch und gerade für Christen und für die Kirchen. Warum? Weil die Verbrechen an unschuldigen Opfern in dieser Nacht und in den Tagen danach unter den Augen und unter Beteiligung von Christen geschahen. Weil das Niederbrennen der Synagogen, der Gotteshäuser, sich ungehindert von kirchlichen Protesten vollzog. Von Ausnahmen abgesehen, blieben die Kirchen stumm. Ihr antijüdisches Erbe hinderte sie, den verfolgten Juden und den bedrohten jüdischen Gemeinden beizustehen.

Erinnern wir uns: Kirche und Synagoge sind von ihren Ursprüngen her Schwestern. Die ersten Christen waren Juden. Zwar standen sie in Auseinandersetzung mit anderen jüdischen Gruppen. Doch solange Juden und Christen keine politische Macht besaßen, blieb der "Familienstreit" ohne Folgen. Als aber das Christentum im 4. Jahrhundert zur Staatsreligion wurde, entwickelte die Kirche eine Doppelstrategie gegen das Judentum. Theologisch erklärte sie die Synagoge als von Gott verworfen, als "verstockt", blind und uneinsichtig, weil diese den christlichen Glauben nicht angenommen habe. Rechtlich und wirtschaftlich drängte sie die Juden an den Rand der Gesellschaft.

Viele kleine und große Schritte der Distanzierung und Verurteilung führten im Laufe der Jahrhunderte dazu, daß ein evangelischer Theologe in Deutschland nach der Pogromnacht im November 1938 schreiben konnte: "Die Judenfrage ist in ihr akutes Stadium eingetreten. In den Kirchen muß die Entscheidung gegen das Judentum mit voller Klarheit vollzogen und aus dieser Entscheidung die Konsequenz für alle Gebiete des kirchlichen und religiösen Lebens gezogen werden." (Walter Grundmann)

Ein solches Zitat belegt, wie tief eine christliche Theologie, die ihre jüdischen Wurzeln verleugnet, in die Schuldgeschichte des 9. November 1938 verstrickt ist. Wir kommen nicht umhin, das Verhältnis zwischen Christen und Juden neu zu durchdenken. Es war falsch und verhängnisvoll, die bleibende Erwählung Israels zu leugnen und stattdessen eine Enterbungstheologie zu vertreten. Es war falsch und verhängnisvoll, im Blick auf das Alte Testament, die Hebräische Bibel, stets von dem "Gott der Rache und Vergeltung" zu sprechen, der nur als dunkle Folie für die Verkündigung Jesu und seines Gottes der Liebe

diente. Es war falsch und verhängnisvoll, daß wir ein Feindbild des "Pharisäers" aufbauten und mit unserem theologischen Antijudaismus Anknüpfungspunkte und Motivation für einen ganz anders begründeten Antisemitismus lieferten. Das alles ist theologisch zu reflektieren und zu revidieren. Nur wenn wir uns der Schuld der Vergangenheit stellen, wenn wir mit dieser falschen und verhängnisvollen Theologie brechen, dürfen wir auf Erneuerung hoffen.

Eine jüdische Weisheit sagt: "Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung." Ein kritischer Umgang mit der fehlgeleiteten Glaubensgeschichte macht den Blick frei für die gemeinsamen Wurzeln und die gemeinsame Zukunft von Juden und Christen. Erinnern bedeutet nicht untätiges Zurückschauen, das nur beschämt und lähmt. Erinnern setzt viel mehr Erkenntnisse und Kräfte frei, die zu praktischen Konsequenzen im Tun und Lassen führen. "Du sollst gedenken und du sollst tun", sagt ein anderes Wort der jüdischen Weisheit.

Der 9. November ist also nicht bloß ein Erinnerungsdatum für Fehlentwicklungen in Theologie und Kirche. Dieses Datum ist auch ein Anlaß, sensibel und kritisch zu werden gegenüber allen politischen Entscheidungen, durch die Menschen rechtlich eingeschränkt, u.U. sogar in ihren Grundrechten verletzt werden. Das gilt für sehr verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, vom Asylrecht bis zum Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die Erinnerung an den Novemberpogrom 1938 ist auch hier Erinnerung für die Zukunft. Sie kann nur die Absicht haben, unheilvolle Entwicklungen in der Zukunft nach Möglichkeit zu verhüten. Zum Glück sind die Lebensbedingungen in einer Demokratie anders als die in einer Diktatur. Aber auch in unserer demokratischen Gesellschaft genügt es nicht, etwa die zunehmende Gewaltbereitschaft zu beklagen. Auch hier ist nach den Ursachen zu fragen. Auch hier sind die Bedingungen für Unrecht und Gewalt zu analysieren. Auch hier gilt es, Schuld einzugestehen und falsches Handeln zu korrigieren.

Erinnern für die Zukunft ist eine Aufforderung, wach, mutig und verantwortungsvoll zu handeln. Vor dieser Aufgabe stehen alle Mitglieder unserer Gesellschaft, Junge und Alte, Einheimische und Fremde, Mehrheiten und Minderheiten. Gemeinsam wollen wir eine Gesellschaft schaffen, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion miteinander leben können, nach Gottes Gebot und Verheißung, in Frieden und ohne Angst.